



Die Nicht-Übertragung des Tarifergebnisses oder die Geringschätzung für die saarländischen Beamtinnen und Beamten

Eine Zusammenfassung der bisherigen Ereignisse von Dirk Schnubel

Am 9. und 10. März 2011 kam es nach langen und zähen Verhandlungen zu einem Tarifabschluss im öffentlichen Dienst. Wie so oft hechelt dieser Abschluss vielen Ergebnissen in der sogenannten Privatwirtschaft hinterher – gleichwohl kann man vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Lage und vor dem Hintergrund, dass der öffentliche Dienst immer für die wirtschaftlichen Fehler und Unzulänglichkeiten anderer herhalten muss, zufrieden sein. Die Inflationsrate wird vermutlich ausgeglichen, eventuell kommt es sogar zu einem kleinen Lohnzuwachs – hier muss man allerdings die Entwicklung bis Ende 2012 abwarten.

Nachfolgend nochmals das Ergebnis der Verhandlungen vom 9. und 10. März in aller Kürze.

360 € Einmalzahlung für die ersten drei Kalendermonate (120 € für Azubis) sowie eine Entgelterhöhung von 1,5% ab 1. April 2011 sowie weitere 1,9% ab 1. Januar 2012 zuzüglich des ebenfalls dann zugeschlagenen und dauerhaft tarifwirksamen Sockelbetrages von einheitlich 17 € (Azubis 6 €) entsprechen einem rechnerischen Volumen von im Durchschnitt 2,3% für 2011 und 2,55% für 2012. Rechnet man die Auswirkungen der überarbeiteten Entgeltordnung hinzu, ergibt sich für 2012 sogar ein durchschnittlicher Zuwachs von 2,8%.

Dies ist ein Erfolg, der wieder einmal deutlich zeigt, dass es sich lohnt, für seine Forderungen auch einmal auf die Straße zu gehen und alle die von diesem Abschluss profitieren, sollten sich bei denen bedanken, die dafür gekämpft haben. Ohne starke Gewerkschaften wie die GdP wäre ein solches Ergebnis nicht zu erzielen gewesen (Bericht Ralf Walz in der April-Ausgabe 2011 DP, Seite 1 und 2).

Zentrale Forderung in dem Zusammenhang war natürlich auch die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Ergeb-

nisse auf die Beamtinnen und Beamte. Dass dies speziell im Saarland nicht leicht durchzusetzen sein würde, war klar, hatte doch die Jamaika-Koalition aus CDU, FDP und Grüne schon im Spätherbst 2010 im Rahmen der berüchtigten „Schuldenbremse“ den Beamtinnen und Beamten eine sogenannte „Nullrunde“ avisiert. Über den dagegen gerichteten heftigen Protest des öffentlichen Dienstes hatten wir unter anderem in der Januar-Ausgabe der DP, Seite 1 bis 4, berichtet.

Nach den Tarifverhandlungen am 9. und 10. März war klar, dass die öD-Gewerkschaften sich weiterhin mit ihrer Forderung nach einer zeit- und inhalts-gleichen Übertragung der Tarifergebnisse auf die Beamtinnen und Beamten zu Wort melden würden – und zwar mit guten und nachvollziehbaren Argumenten.

Berichterstattung Saarbrücker Zeitung

Zunächst hatte allerdings der saarländische Finanzminister Peter Jacoby in der SZ erklärt, dass „er trotz der Gehaltserhöhung für die Angestellten der Länder an einer ‚Nullrunde‘ für die Beamten festhält. Landesregierung und Landtag hätten dies für 2011 beschlossen und auch das finanzstarke Bayern würde eine Anpassung der Beamtenbezüge ablehnen. Eine Übernahme für Beamte und Versorgungsempfänger würde das Land in diesem Jahr etwa 20 Millionen Euro kosten“.

In der SZ-Ausgabe vom 12./13. März 2011, Seite A 6, hatte der Verdi-Bezirksleiter Alfred Staudt und der Landesvorsitzende des Beamtenbundes, Artur Folz, bereits die Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten von Land und Kommunen gefordert und die sogenannte „Nullrunde“ als verfassungswidrig bezeichnet.

Der SZ-Redakteur Daniel Kirch hatte den Artikel unter der Überschrift „Föderaler Flickenteppich“ wie folgt kommentiert:

„Alle Jahre stehen die Länder vor einer heiklen Entscheidung: Soll der bundesweite Tarifabschluss der Angestellten auf ihre Beamten übertragen werden? In Zeiten der Schuldenbremse geben die Länder unterschiedliche Antworten – und das ist bedenklich: Die Beamtenbezüge entwickeln sich regional immer weiter auseinander, weil sich reiche Länder nun mal höhere Gehälter leisten können als arme. Diese Art von Wettbewerbsföderalismus hat fatale Folgen für die Rekrutierung qualifizierter Mitarbeiter. Die Föderalismusreform 2006, der wir diesen Flickenteppich verdanken, ist daher nicht der Weisheit letzter Schluss“.

Am 19./20. März titelte die SZ auf Seite B 2: „Saarländische Beamte als Wutbürger“ – Protest gegen Nullrunde – Linke für namentliche Abstimmung im Landtag“. Oskar Lafontaine wird in dem Artikel zitiert, „dass es nicht sein könne, dass Beamte die Folgen einer völlig verfehlten Wirtschafts- und Finanzpolitik tragen müssten“. Die Gewerkschaftsseite verweist in dem Artikel auf den Umstand, dass bis dahin (19./20. März 2011) von den elf Nehmerländern bisher fünf die Angestellten-Tarife für ihre Beamten übernommen haben. Aus CDU-Kreisen wird berichtet, dass zahlreiche Beamte aus Verärgerung ihre Parteibücher zurückgegeben haben und FDP und Grüne warben in dem Artikel um Verständnis für ihre Position und werden zitiert: „Dieser Schritt ist uns nicht leichtgefallen“. Stefan Pauluhn wirft Peter Müller vor, „dass in seinem Umfeld in höheren Besoldungsgruppen munter befördert werde, während der mittlere Dienst in die Röhre guckt“.

Fortsetzung auf Seite 2



BEAMTENBESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 1

Die CDA (Arbeitnehmerflügel der CDU) fordert auf ihrem Landestag am 28. März 2011 die Landesregierung auf, „den Tarifabschluss im öffentlichen Dienst doch noch auf die Beamten zu übertragen – und zwar eins zu eins“ (SZ vom 28. März 2011, Seite B 2).

Brief an MP Müller

Unser Landesvorsitzender Hugo Müller wandte sich bereits am 18. März 2011 an MP Müller. Den offenen Brief veröffentlichten wir nachstehend im Wortlaut:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Empörung, Wut, Verärgerung, Enttäuschung, aber auch Resignation, das waren die häufigsten Stimmungsbilder, die wir von der GdP angesichts Ihrer medialen Festlegungen zur „Nicht-Übertragung“ des öD-Tarifabschlusses auf BeamInnen

und VersorgungsempfängerInnen bei den saarländischen Polizeibesetzten flächendeckend wahrnehmen mussten bzw. konnten.

Ich kann die Beschäftigten sehr gut verstehen. Angesichts der vielen Kürzungen und „Sonderopfer“, die man den saarländischen Beamten und Versorgungsempfängern in den letzten Jahren zugemutet hat, würde eine Nullrunde im Jahre 2011 eine weitere massive Abkopplung von der Entwicklung bei den Tarifbeschäftigten und Beamtinnen und Beamten anderer Bundesländer bedeuten. Und es wäre noch viel schlimmer: Bei einer beachtlichen und derzeit weiter steigenden Inflationsrate bedeutet eine Nullrunde erheblichen realen Lohnverlust.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben die Notwendigkeit dieser Nullrunde mit den Auswirkungen und Bedingungen der Schuldenbremse begründet und gleichzeitig darauf hingewiesen, dass das Saarland ja ein „Nehmerland“ sei, das sich an der Stelle nichts anderes erlauben könne, weil ja das „Geberland“ Bayern der dortigen Beamten- und Versorgungsempfängerschar ebenfalls eine Nullrunde zumute. Abgesehen davon, dass ein solcher direkter Vergleich aus vielerlei Gründen (es gelten andere Stellenpläne, es gibt andere Konditionen in der Beihilfestruktur usw.) nicht zulässig ist, war es aber für das Saarland und seine Regierung in den vergangenen Jahren immer üblich, sich im sog. „Geleitzug“ aller Bundesländer zu bewegen. Daher stelle ich die Frage, warum die Entscheidungen zur zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des Tarifabschlusses in vielen anderen Bundesländern, z. B. in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein, an der Stelle von Ihnen überhaupt nicht reflektiert werden. Schleswig-Holstein ist übrigens wie das Saarland von der Schuldenbremse betroffen, hält es aber offenkundig nicht für vertretbar, angesichts der tarifpolitischen „Umweltsituation“ auch in der freien Wirtschaft und angesichts der ansonsten zu befürchtenden Reallohnverluste den Beamten und Versorgungsempfängern eine Nullrunde zuzumuten. Auch die ansonsten für ihre besondere Sparsamkeit bekannten Baden-Württemberger haben die Leistungsbeihilfe der Beamten in diesem Jahr bereits wertgeschätzt. Bereits vor der Tarifrunde hat die dortige Landesregierung den Beamten und Versorgungsempfängern eine 2-prozentige Erhöhung der Besoldung und Versorgung zugebilligt. So sehr die dortige Verfahrensweise, bereits vor einer Tarifrunde gesetzliche Regelungen zur Besoldung und Versorgung zu

„erlassen“, zu kritisieren ist. Die Entscheidung zeigt aber, dass Nullrunden nicht in die Welt passen!

Herr Ministerpräsident, behandeln Sie uns nicht schon wieder wie Rechtlose, die wegen ihrer angeblichen Arbeitsplatzsicherheit eine so große Freude empfinden sollten, dass sie deswegen gerne auf Besoldungs- und Versorgungsanpassungen verzichten müssten. Behandeln Sie uns nicht schon wieder wie Arbeitnehmer zweiter Klasse, denen man mit dem Schwert ihrer arbeitsrechtlichen Stellung das Recht auf echte „Quasi-Tarifverhandlungen“ vorenthält. Behandeln Sie uns nicht schon wieder wie ArbeitnehmerInnen, an die man sich vor Wahlen gerne mit „behördlichen“ Schreiben wendet und sie an vorgebliche Wohltaten erinnert, um sie und ihre berechtigten Ansprüche nach den Wahlen abzuqualifizieren und zu ignorieren. Behandeln Sie uns nicht als Bittsteller, denen der moralische Anspruch auf Lohnzuwachs abgeht. Wir verstehen und akzeptieren es nicht, wenn uns angesichts klammer Kassen Sparsamkeit abverlangt bzw. auferlegt wird, und an vielen anderen Stellen Millionen für zweifelhafte Projekte zur Verfügung stehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben den öD-Gewerkschaftsvertretern im November 2010 in einem Spitzengespräch in der Staatskanzlei versprochen, bei allen Notwendigkeiten aus der Schuldenbremse auch in Zukunft im Saarland für „gleiche Lebensverhältnisse“ einzutreten. Nullrunden für eine Gruppe sind aber genau damit verbunden, sie machen solche Verhältnisse eben ungleich.

Herr Ministerpräsident, ich spreche sicherlich auch im Sinne der Erwartungen der anderen öD-Gewerkschaftsverantwortlichen, wenn ich – im Sinne der Forderung des DGB-Landesvorsitzenden Eugen Roth – nochmals ergebnisoffene Verhandlungen über Besoldungs- und Versorgungsanpassungen auch im Saarland einfordere. Das Gespräch, das Sie uns zwischenzeitlich angeboten haben, darf nicht nur dazu dienen, Ihre Haltung zu bekräftigen. Setzen Sie sich mit uns auseinander und treten Sie mit uns für das Prinzip ein: Fairer Lohn für gute Arbeit!

Mit freundlichen Grüßen
Hugo Müller, Landesvorsitzender

**Landtagsdebatte
23. März 2011**

In dieser Debatte waren zwei im Prinzip inhaltlich gleiche Anträge von der Partei DIE LINKE (Übertragung der Gehaltserhöhung für die Angestellten

REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Juni-Ausgabe unseres Landesteils ist der 9. Mai 2011.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Saarland**

Geschäftsstelle:
Kaiserstraße 258
66133 Saarbrücken
Telefon (06 81) 84 12 410
Telefax (06 81) 84 12 415
Homepage: www.gdp-saarland.de
E-Mail: gdp-saarland@gdp-online.de

Redaktion:
Dirk Schnubel (V. i. S. d. P.)
Örtlicher Personalrat beim PB Saarlouis
Alte-Brauerei-Straße 3
66740 Saarlouis
Telefon: (0 68 31) 9 01-1 39
E-Mail: dirk.schnubel@superkabel.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6489



BEAMTENBESOLDUNG

der Länder auf die Beamten des Saarlandes) und der SPD (Keine weiteren Sonderopfer – Übertragung des Tarifergebnisses für die Beschäftigten der Länder auf saarländische Beamtinnen und Beamte) zu behandeln.

Eugen Roth begründete den Antrag der SPD-Landtagsfraktion. Die ganze Begründung wiederzugeben würde den zur Verfügung stehenden Rahmen sprengen, gleichwohl nachfolgend einige Zitate:

Das alles spielt sich in einer Zeit ab, in der die Commerz-Credit-Bank und andere Banken – die vom öffentlichen Dienst und vom Staat Hilfe bekommen mussten, weil sie gnadenlos versagt haben – ihren Managern schon wieder Spitzenboni in Millionenhöhe auszahlen.

Um wen geht es überhaupt? ... Es geht um Leute, die genau dort reinlaufen, wo andere weggehen und rauslaufen.

Wir stellen fest, dass in den Jamaikalogen ein ganz neues Ministerium aus dem Hut gezaubert wurde, das Ministerium für Gesundheit und Verbraucherschutz (Anmerkung der Redaktion: Verantwortlicher Minister Georg Weisweiler,

FDP). Meine Kollegin Hoffmann-Bethscheider, die Connie, hat einmal ausgerechnet, dass dort alleine rund 14 B-Stellen neu geschaffen worden sind. Es gibt, glaube ich, insgesamt bei der Polizei nur zwei oder drei davon.

Es gab einmal einen guten Arbeitsminister – das war der Herbert Ehrenberg – in einer sozialdemokratischen Regierung, Peter Jacoby. Der hat einen Satz geprägt, den ich mir zum Wahlspruch gemacht habe. Der ist so einfach wie richtig. Dieser Satz lautet – ich zitiere ihn –: Was politisch gewollt ist, ist bezahlbar. Punkt. Ihr wollt das politisch nicht. Das ist der Punkt.

Nun sind Landtagsdebatten das eine, ein Blick in die bundesrepublikanische Realität der Übertragung des Tarifergebnisses auf Beamtinnen und Beamte erleichtert an er Stelle die Rechtsfindung. Es gibt einen Ländervergleich, erstellt von der GdP-Bund mit Stand 5. April 2011, der leider noch nicht vollständig ist, weil einige Länder sich erst Anfang bis Mitte April entscheiden werden.

Gleichwohl hier ein kurzer Überblick.

Bremen überträgt grundsätzlich, allerdings mit einer sozialen Staffelung

(Gruppe bis A 8, Gruppe A 9 bis A 11, Gruppe A 12 und höher).

Niedersachsen will 1 : 1 übertragen, genauso wie Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein.

Noch keine Festlegung gibt es in Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen.

Baden-Württemberg will die Bezüge ab 1. April 2011 um zwei Prozent erhöhen. Wie sich die neue Landesregierung verhält, ist bisher nicht bekannt.

Berlin und Hessen sind nicht mehr Mitglied in der TdL. In Hessen gibt es die Forderung von ver.di, das Tarifergebnis zu übertragen. Momentan wird auch dort verhandelt. In Berlin gibt es ab August 2011 eine zweiprozentige Erhöhung.

Spitzengespräch 4. April 2011

Am 4. 4. 2011 trafen sich die Vertreter der öD-Gewerkschaften (DGB Saar, GdP, ver.di, GEW, IG BAU) zu einem

Fortsetzung auf Seite 4

Anzeige

 **JUNGE GRUPE SAARLAND** PRÄSENTIERT

STEUER SEMINAR

TIPPS UND TRICKS ZUR EINKOMMENSSTEUERERKLÄRUNG

**WANN: 12. MAI 2011,
16.00 UHR**

**WO: BEREITSCHAFTSPOLIZEI
GROSSER
LEHRSAAL**

MIT: STEUERBERATER PETER DÖRR

**Eingeladen sind alle GdP-Mitglieder.
Die Veranstaltung ist für Euch kostenlos.
Für Rückfragen: Tel.: 0681 8412410
E-Mail: info@jungegruppe-saar.de**



BEAMTENBESOLDUNG

Fortsetzung von Seite 3

Gespräch mit Ministerpräsident Müller. Im Ergebnis verlief das Gespräch ernüchternd. Nachfolgend die Pressemitteilung des DGB:

„Ohne Ergebnis endete das Spitzengespräch zwischen der Landesregierung und Vertretern von DGB Saar, GdP, GEW, IG BAU und ver.di. Bereits im Vorfeld hatten die Gewerkschaftsvertreter ihre Forderung nach einer Übernahme des Tarifabschlusses für Angestellte auf den Beamtenbereich bekräftigt.

Eugen Roth, Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes Saar, im Anschluss an das Gespräch: ‚Während des Gesprächs zeigte die Landesregierung zu keiner Zeit Verhandlungsbereitschaft, was wir bedauern. Wir empfinden das Angebot von null % für Feuerwehrleute, Lehrer und Polizisten als inakzeptabel. Eine Lösung für das Jahr 2011 wurde nicht in Aussicht gestellt.‘ Es könne nicht sein, dass die saarländische Landesregierung sich auf eine vermeintlich alternativlose Linie versteife. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im Saarland würden nun besprechen, wie sie mit dem Ergebnis umgehen.

Die Gewerkschaftsdelegation legte der Landesregierung eine Vergleichsübersicht der Ergebnisse aus anderen Bundesländern vor, die auf offensichtliches Interesse stieß. Schließlich gebe es sogar in Bremen seitens der Regierung mehr Entgegenkommen als im Saarland. Aus der Über-

sicht geht unter anderem hervor, dass zwar in Bayern die Gespräche ähnlich enttäuschend verliefen, in Nordrhein-Westfalen jedoch eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auf die BeamtInnen, RichterInnen sowie Versorgungsempfänger stattfinden wird, in Rheinland-Pfalz ebenfalls eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung vorgesehen ist, in Sachsen-Anhalt eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die BeamtInnen des Landes zu erwarten ist, in Schleswig-Holstein das Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf die LandesbeamtInnen übertragen werden soll, in Niedersachsen die 1:1-Übertragung der Tarifeinigung auf den Be-



Logische Konsequenz: Keine „rote Robe“ sondern die ROTE KARTE



Leider kein Verlass! Mahnwache am 4. April vor der Staatskanzlei Fotos: Thomas Schulz

amtenbereich angekündigt ist und in Sachsen das Finanzministerium beauftragt wurde, einen Gesetzentwurf zu erarbeiten, um den Tarifabschluss auf die Beamten zu übertragen.

Während des Spitzengesprächs in der Staatskanzlei mit Ministerpräsident Peter Müller sowie den Ministern Jacoby, Rauber und Toscani fand vor der Staatskanzlei eine symbolische Mahnwache statt, an der sich ungefähr 100 Polizisten und Feuerwehrleute beteiligten“.

Der GdP-Landesvorstand wird sich unmittelbar nach Ostern mit den Vertrauensleuten zusammensetzen, um die Situation zu beraten (wir werden in der Juni-Ausgabe berichten). Alle sind aufgefordert, sich konstruktiv kritisch einzubringen. Und vergesst nicht das Motto: Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft hat schon verloren.



LESERMEINUNG

POLIZEIBALL 2011

Zu: TARIFPOLITIK – Akzeptabler Abschluss DP 4/2011

Die Mahnwache vom 5. 4. 2011 vor der Staatskanzlei in Saarbrücken hat nochmals ganz deutlich gezeigt: Unsere Arbeit wird von allen geschätzt aber nicht honoriert!

Ministerpräsident Peter Müller beharrt nach wie vor auf der Nullrunde für Landesbeamte. 2,3% in diesem und 2,55% im kommenden Jahr halten wir als Ergebnis von zähen Verhandlungen der GdP fest – für alle Angestellten im öffentlichen Dienst – aber nicht für Beamte des Saarlandes!!!

Meinen täglichen Dienst verrichte ich zusammen mit Angestellten wie z. B. Informatikern, Netzwerktechnikern und Systemadministratoren, die in vielen Bereichen die gleiche Tätigkeit verrichten wie ich und mit denen ich mir ein Büro teile. Gleiche Lohnanpassung für gleiche Arbeit?

Nicht im Saarland, denn hier sind Angestellte im öffentlichen Dienst die besseren Menschen – Beamte, ach was, die brauchen das nicht. Schließlich gibt es ja die Schuldenbremse und deshalb die Nullrunde aber NUR für die Beamten.

Wie werden die Gehälter der Angestellten und der Beamten eigentlich finanziert? Natürlich: Aus Steuereinnahmen – wie konnte ich das vergessen? Gleichbehandlung: Fehlanzeige. Das ist so ähnlich wie bei einer Weide voller Kühe oder besser Ochsen. Einfach Gatter auf und die nächste Kuh melken – ist sie erst mal leergemolken, dann wieder Gatter zu und rauf auf die Weide.

Ich bin seit fast zehn Jahren Mitglied der CDU Saar, hab natürlich nie was anderes gewählt. Die logische Konsequenz kann jetzt eigentlich nur heißen: Parteaustritt und nie wieder CDU wählen!!! Da ja die CDU-Alleinherrschaft mit Bildung der ersten Jamaikakoalition auf Bundesebene anlässlich der Landtagswahl 2009 ein Ende fand, musste man nun die Ministerposten auf drei Parteien verteilen! CDU, FDP und die Grünen, jeder möchte doch was abbekommen: Ein zusätzliches Ministerium wurde geschaffen mit dem dazugehörigen Minister nebst Staatssekretär. Wer zahlt die Gehälter: Der Steuerzahler! Kann man sich ja ausrechnen, was das zusätzlich kostet.

Weitere Zahlenspiele gefällig?

Die Stadt Saarbrücken steht mit sage und schreibe 850 Mio. € in der Kreide, aber zehn Mio. € Zuschuss fürs neue Stadion sind da noch drin – jetzt wird's lustig: Die Verbindlichkeiten des Saarlandes belaufen sich auf ca. 13,2 Milliarden € –

das ist eine Pro-Kopf-Verschuldung von 12 837 € und auch hier werden zehn Mio. fürs neue Stadion lockergemacht, aber für die Beamten ist keine Kohle da. Nur lachen kann ich nicht drüber.

Hier ist die Schuldenbremse kein Thema – aber dafür haben wir ja die Ochsen auf der Weide, von denen jeden Tag einer gemolken werden kann.

Armes Deutschland – Nee, armes Saarland!

René Dewes

Am 3. September 2011 findet im Saalbau in Homburg der Polizeiball 2011 statt. Die Veranstaltung hat sich im Laufe der Jahre zu einem wahren Zuschauermagneten entwickelt.

Daher Termin unbedingt vormerken und sich rechtzeitig um Karten bemühen.

Anzeige

10 % Rabatt für GdP-Mitglieder

POLAS 2010

POLIZEIAUSRÜSTUNG & SICHERHEITSDARF

Ausrüstungen und Zubehör:

- Polizei
- Feuerwehr
- Militär
- Security
- Rettungswesen
- Off Duty
- Behörden

WWW.POLAS24.DE

55 vor Mitgliedsnummer eintragen!



120 Beförderungen – Toll oder??

Die GdP Saar ist zwar nicht die einzig verantwortliche Stelle für Beurteilungen und Beförderungen, aber wir versuchen dort schon, sowohl prinzipiell als auch konkret auf Besoldungsgruppen bezogen, die Dinge zu beeinflussen. Nachdem wir in den Jahren 2005 und 2006 erkannt hatten, dass die Beförderungsbudgetgrößen massiv zurückgingen und die Zahl der Beförderungsmöglichkeiten bei weitem nicht mehr ausreichten, hat die GdP (!!!) einen Generationenpakt organisiert. Dieser baute auf dem Gedanken auf, dass ab dem Jahr 2007 neu Eingestellte nach ihrer Ausbildung für ein Jahr eine Besoldung aus A 8 akzeptieren müssen und die so „eingesparten“ Gelder für eine Erhöhung des Beförderungsbudgets eingesetzt werden. Die Zahl der Beförderungen hat sich dadurch in den Jahren 2008, 2009 und 2010, also der letzten „Beurteilungsperiode“, erheblich vergrößert, in manchen Besoldungsgruppen sogar verdoppelt.

Nun hat mit dem Termin 1. April 2011 eine neue dreijährige Beförderungszeit begonnen. Aufgrund der Entscheidungen der Landesregierung im Zusammenhang mit der Schuldenbremse, gegen die die GdP im Herbst 2010 massive Proteste organisiert hatte, ergibt sich nach derzeitigem Stand für das Jahr 2011 ein Beförderungsbudget von knapp über 300 000 €. Das ist weniger als die Hälfte des Durchschnitts der letzten drei Jahre. Davon hat man knapp 230 000 € zum 1. April investiert. Dies wiederum hat natürlich konkrete Auswirkungen: In allen Beförderungssämtern war Schmalhans

angesagt, denn im Vergleich zum Vorjahrestermin sind dies 90 Beförderungen weniger. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass am 1. April 2010 ca. 60% und in diesem Jahr ca. 76% des gesamten Budgets ausgegeben wurden.

Übrigens, gar nicht toll war die durch das Ministerium vorgenommene eigentlich zu späte Vorlage der Beförderungskonzeption an die Personalräte. Nur der Flexibilität, d. h. Verzicht auf Einhaltung der gesetzlichen Fristen, der Personalver-

Beförderung nach	April 2011
A8	1
A 9 m. D.	2
A 9 g. D. prüfungsfrei	32
A 10 prüfungsfrei	15
A 10 FHSV	31
A 11	14
A 12	15
A 13 g. D.	4
A 13 h. D. prüfungsfrei	1
A 14	3
A 15	1
A 16	1
Stand: 30. März 2011	= 120

Wir bemühen uns derzeit sehr um eine Fortsetzung des Generationenpaktes, denn nur dann können die berechtigten Erwartungen insgesamt halbwegs befriedigt werden. Diese Erwartungen sind nämlich vor dem Hintergrund des Anteils der überdurchschnittlichen Beurteilungen riesig.

Das Ziel der Vorjahre, alle überdurchschnittlich Beurteilten auch zu befördern, ist in den kommenden drei Jahren nur mit ca. 1,7 Mio. € Beförderungsbudget zu erreichen.

treten ist es zu verdanken, dass der Beförderungstermin am 1. April 2011 nicht ausgefallen ist. Der Minister hat's gemerkt und sich dafür auch mehrfach bedankt. Das ist zwar schön doch nicht ausreichend, denn „besser werden“ ist geboten.

Wir haben uns, wie immer, richtig gekümmert, doch mehr war zum 1. April 2011 nicht rauszuholen.

Reinhold Schmitt

WICHTIGER WAHLTERMIN IM MAI 2011

Wahl der Frauenbeauftragten der Saarländischen Vollzugspolizei

Liebe Kolleginnen, in wenigen Tagen ist es wieder soweit. Alle in der Saarländischen Vollzugspolizei beschäftigten Frauen wählen aus ihrer Mitte die Frauenbeauftragte. Für viele von euch schon liebe Gewohnheit. Aber für alle Kolleginnen, die nach dem Mai 2008 eingestellt worden sind, ist es auch das erste Mal, dass sie an der Wahl teil-

nehmen dürfen. Die Aufgaben, Rechte und Pflichten einer Frauenbeauftragten sind im Landesgleichstellungsgesetz geregelt. Neben unzähligen personellen Maßnahmen liegen auch viele Schwerpunkte im täglichen Miteinander und Umgang mit Kolleginnen und Kollegen, den Personalräten, Führungskräften sowie der wichtigen Zusammenarbeit mit

der Polizeiabteilung und unserem Innenminister Herrn Toscani. Viele von euch wissen, dass ich in den letzten Jahren ganz gezielt versucht habe, Diskriminierungen aller Art auf den Punkt zu bringen und durch Regelungen im Frauenförderplan ein Stück weit zu verbessern. Allerdings sehe ich weiteren Handlungsbedarf und werde diesen Bereich sicherlich



WICHTIGER WAHL- TERMIN IM MAI 2011

nicht aus den Augen verlieren. Im vergangenen Jahr habe ich erste Zeichen im Bereich der Beurteilungsverfahren gesetzt. Berichte von Betroffenen treiben mich richtig um und ich fühle mich hier besonders verpflichtet, für Verbesserungen einzutreten. Im Bereich der Stellenbesetzungsverfahren gibt es ebenfalls noch einiges zu bewerkstelligen und ich bin gespannt, wie ernst es den Führungskräften in der Polizei ist, die Gleichstellung hier voranzutreiben. Dem Tarifbe-



Vera Koch, Frauenbeauftragte

reich fühle ich mich nach wie vor in hohem Maße verbunden und es gehört zu meinem täglichen Auftrag, mich weiterhin in diesem Segment stark zu machen.

Alles was ihr also tun müsst, ist an der Wahl teilzunehmen und damit zu bekunden, wie wichtig euch eine Vertreterin ist. Als Gegenleistung erhaltet ihr von mir den gewohnten hohen persönlichen Einsatz, den ich unerschrocken, engagiert und mit einem dicken Tropfen Herzblut an den Tag legen werde. Vielen Dank an euch alle für das hoffentlich entgegengebrachte Vertrauen.

Herzlichst, eure Vera



KG MERZIG

Neujahrsempfang der Senioren

Traditionell treffen sich die Senioren der Kreisgruppe Merzig-Wadern zum Neujahrsempfang in Haus Sonnenwald in Merzig-Besseringen.

Der Kreisgruppenvorsitzende Christof Wilhelm konnte neben dem Leiter des Polizeibezirkes Merzig-Wadern, KD Heinz Schumacher, auch den Landesvorsitzenden der Senioren in der GdP, Artur Jung, begrüßen.

Kriminaldirektor Heinz Schumacher überbrachte die Grüße der aktiven Kolleginnen und Kollegen und gab einen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Polizei in Kreis und Land. Hierbei zollte er den Senioren Respekt für ihre Verbundenheit mit der Polizei über die Ruhestandsversetzung hinaus.

Fortsetzung auf Seite 8

Anzeige



Kinderferiencamp

in Kooperation mit dem Saarländischen Turnerbund

vom Sa., 25. Juni, bis zum Sa., 2. Juli 2011 (erste Ferienwoche)

in Britten (Losheim)

Zurück zu den Wurzeln (wie vorher einige Jahre am Bostalsee):

Wir gehen wieder zelten.

Wir bieten Kindern (und deren Freundinnen und Freunden) von GdP-Kolleginnen und -Kollegen im Alter zwischen 6 und 14 Jahren (in Ausnahmefällen auch bis zu 15 Jahren) eine Ferienfreizeit-Woche im Nord-saarland an.

Wir wollen dabei mit dem Saarländischen Turnerbund, der die Regie für dieses Zeltlager hat (Veranstaltungsprogramm, Unterbringung in Rundzelten, Versorgung in großen Gemeinschaftszelten), kooperieren.

Der Ansprechpartner hierfür ist unser Kollege Bernd Kimmling (PI Burbach), der schon viele Jahre für den Saarländischen Turnerbund Kinderferienfreizeiten mitorganisiert.

Die Teilnahmegebühr für 7 volle Tage (Verpflegung und Programm) beträgt **90 Euro pro Kind**. Damit sind dann aber auch alle möglichen Kosten abgedeckt, sodass die Kinder kein zusätzliches Taschengeld mitbringen brauchen.

Anmeldeschluss ist der **15. Mai d.J.**

Anmeldungen bitte über unsere Homepage: www.gdp-saarland.de, wenn man die Startseite erreicht, oben unter „Leistungen/ Feriencamp“ durchführen (nacheinander anklicken).

50 Plätze können wir besetzen.

Also: Fragt mal Eure Kinder, ob sie nicht Lust hätten mitzukommen! Die letzten 10 Jahre hat es immer allen gut gefallen.

Udo Ewen und Lothar Schmidt

Gewerkschaft der Polizei, Kaiserstr. 258, 66133 Saarbrücken
Fon: 0681 84124 10, Fax: - 15, www.gdp-saarland.de, gdp-saarland@gdp-online.de

02.03.2011



Fortsetzung von Seite 7

Charly Wannemacher überbrachte die Grüße des Landesvorstandes und berichtete aus der gewerkschaftlichen Arbeit in den Gremien der GdP.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand jedoch die Ehrung von Roman Meyer für seine 50-jährige Mitgliedschaft in der GdP.

Längere Zeit konnte Roman aus gesundheitlichen Gründen nicht wie gewohnt an den monatlichen Treffen der Senioren teilnehmen. Umso größer war die Freude bei den Kolleginnen und Kollegen, dass er in Begleitung seiner bezaubernden Frau am diesjährigen Neujahrsempfang teilnehmen konnte, war er in den letzten Monaten doch schmerzlich vermisst worden.



V. l.: Charly Wannemacher, Roman Meyer, Erich Klein

Franz-Josef Groh, Charly Wannemacher, Artur Jung und Christof Wilhelm dankten dem Jubilar im Namen der GdP für die langjährige Treue und überreichten die Dankesurkunde, die Ehrennadel und einige Präsente.

Nach einem gemeinsamen Essen und dem Schwelgen in Erinnerungen endete die gelungene Veranstaltung in geselliger Runde.

Christof Wilhelm

BITTE BEACHTEN

Texte bitte als Word.doc oder Word.rtf übersenden. In das Textdokument keine Bilder oder Grafiken einbauen. Diese bitte gesondert versenden.

Bilder müssen eine Auflösung von 300 dpi haben, damit sie einen guten Druck ergeben.

E-Mail-Adresse der Redaktion: dirk.schnubel@kabelmail.de

GdP vor Ort an der FHSV mit großer Resonanz

Ca. 120 Kolleginnen und Kollegen waren am 23. März 2011 der Einladung von JUNGE GRUPPE und GdP gefolgt und hatten sich zur Info-Veranstaltung „GdP vor Ort – FHSV“ in der Aula der Fachhochschule für Verwaltung (FHSV) in Dudweiler eingefunden.

Die Info-Veranstaltung, eine Initiative des Landesjugendvorstandes der JUNGE GRUPPE, war eine Reaktion auf die

die Teilaspekte „Organisationsentwicklung“, „Änderungen im Beihilfewesen“ und „Generationenpakt“, wobei sich die Studierenden durch persönliche Fragen zum Themenkomplex aktiv mit einbringen konnten.

Von Zufriedenheit am Ende der Veranstaltung kann jedoch keine Rede sein. Zwar wurde durch diese GdP-Veranstaltung flutlichtartig Licht in die sprichwört-



Sehr gut besuchte Veranstaltung an der FHSV

vielen Fragen, die in letzter Zeit rund um das leidvolle Thema „Schuldenbremse“ seitens der Studierenden der FHSV an die JUNGE GRUPPE herangetragen worden waren.

Verwunderlich war dies nicht. Herrschen doch selbst in der „Fläche“ bei einem Großteil der Kollegenschaft beim stellenweise noch recht unausgegorenen Thema „Schuldenbremse“ vornehmlich Unsicherheit und Verwirrung, beides gut genährt durch die vorherrschende Mischung aus Gerüchten und politisch beschlossenen „Wahrheiten“ („Wahrheit“ hat hier wohl rein gar nichts mit „Gerechtigkeit“ zu tun!).

Nach einer ersten Begrüßung der Teilnehmer durch den Vorsitzenden der JUNGE GRUPPE, Andreas Rinnert, übernahm unser Landesvorsitzender Hugo Müller das Wort. Im Rahmen der rund zweistündigen Veranstaltung erläuterte Hugo den Studierenden neben den Grundsätzen und Auswirkungen der „Schuldenbremse“ unter anderem auch

lich dunkle Thematik gebracht – der Großteil der Kolleginnen und Kollegen hatte jedoch nichtsdestotrotz nur Kopfschütteln und Unverständnis für die Sparpläne und deren Auswirkungen übrig, aller politischer Schönfärberei à la „das geht leider nicht anders“ zum Trotz. Hierbei stellen die Pläne der Landesregierung, die Kolleginnen und Kollegen nach Abschluss des Studiums zwar nach A 8 zu besolden, die Kostendämpfungspauschale der Beihilfe jedoch in dieser Zeit nach A 9 zu bemessen, ein Highlight der besonders fragwürdigen Art dar. Trotz Intervention seitens der GdP stellt sich die Landesregierung derzeit diesbezüglich quer (hierüber wird zeitnah ausführlicher berichtet).

GdP und JUNGE GRUPPE werden auch weiterhin versuchen, aktiv dazu beizutragen, dass die „Schuldenbremse“ nicht wegen grober Entwicklungsfehler vollends versagt und den Karren „Polizei“ ungebremst gegen die Wand fahren lässt.

Der Landesjugendvorstand

